

Nach schweren Ausschreitungen in einer Oberstufen-Mittelschule in einem Brennpunkt-Viertel und anschließenden Zusammenstößen mit der Polizei: **55 Minderjährige 32 Stunden lang in Haft, acht wurden einem Richter vorgeführt, gegen sechs wurde Anklage erhoben.**

Handelt es sich um den x-ten, in Frankreich zur Tradition gehörenden Jugendkrawall oder den Auftakt für eine dramatische Gewaltwelle, die von der SP-Regierung heruntergespielt würde? Über diese Frage streiten die Kandidaten der Präsidentschaftswahlen, seit 55 Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahren nach Ausschreitungen in und vor ihrer Schule, in einem Brennpunktviertel nördlich von Paris, festgenommen wurden.

Am Dienstag waren in einer Oberstufen-Mittelschule zu Mörsern umgebaute Feuerwerkskörper abgeschossen und Brände gelegt worden. Die Täter sollen einem Internet-Aufruf gefolgt sein, die Schulen lahm zu legen als Reaktion auf die schwere Misshandlung eines schwarzen Jugendlichen durch Polizisten Anfang Februar. Der Lehrkörper ordnete die Evakuierung an, woraufhin Zusammenstöße zwischen rund hundert Schülern und der Polizei vor dem Schultor ausbrachen. Schüler warfen mit Steinen und Molotowcocktails auf Polizisten. Verletzt wurde aber niemand.

Am Donnerstag wurden acht festgenommene Minderjährige einem Richter vorgeführt, gegen sechs von ihnen wurde ein Vor-Anklageverfahren (§Mises en examen) eingeleitet. Die übrigen 47 Jugendlichen kamen nach 32 Stunden Haft frei.

Zuletzt war es mehrmals zu Ausschreitungen in Vororte-Schulen gekommen, Professoren waren verletzt worden. Schuldirektoren klagen darüber, dass die Behörden die längste Zeit auf ihre Hilferufe kaum reagiert hätten.

Linke Kommunalpolitiker und Professoren in den betroffenen Vororten verlangen eine Aufstockung der Lehrer und Betreuer an den Schulen.

Der konservative Präsidentschaftskandidat Francois Fillon erklärte: §Etwas ist in unserer Republik ist zerbrochen. Er machte die Eltern für die Ausschreitungen ihrer Kinder mitverantwortlich und fordert eine Kürzung der Sozialstützen in gewissen Fällen für die Familien. Marine Le Pen sieht den §Beginn von allgemeinen Unruhen und wirft der Regierung eine §Minimal-Reaktion vor. Demgegenüber hat der sozialistische Premierminister Bernard Cazeneuve versichert, dass seine Regierung §totale Härte unter Beweis stelle, wohingegen Fillon und Le Pen bloß §Unordnung anfachen wollen.

D. LEDER, PARIS